

Kleine Anfrage

der Abg. Harald Pfeiffer und Daniel Rottmann AfD

und

Antwort

des Staatsministeriums

Förderung in den palästinensischen Gebieten

Kleine Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist ihr bekannt, welche bestehenden Kooperationen mit den palästinensischen Autonomiegebieten unter Beteiligung des Landkreises Böblingen derzeit existieren?
2. Welche Kooperationen finden unter der Beteiligung des Landes Baden-Württemberg statt?
3. Wer sind die jeweiligen Beteiligten aufseiten der palästinensischen Autonomiegebiete?
4. Welche konkreten Projekte der unter Fragen 1 und 2 Beteiligten wurden in den vergangenen fünf Jahren verwirklicht?
5. Welche Projekte wurden und werden von der EU, der deutschen Entwicklungshilfe (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung [BMZ], Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit [GIZ], etc.), dem Land Baden-Württemberg und Entwicklungshilfeorganisationen aus Deutschland nach ihrer Kenntnis seit dem 1. Januar 2016 gefördert?
6. Welche Projekte bzw. Kooperationen mit Beteiligten in den Palästinensischen Autonomiegebieten wurden bei der im März 2017 geplanten Palästinareise des Ministerpräsidenten und der Wirtschaftsministerin ins Leben gerufen?
7. Wer waren hierbei die Gesprächspartner aufseiten der palästinensischen Autonomiebehörde bzw. der konkreten Kooperationspartner?

8. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass es bei den geförderten Projekten zu keiner Kooperation mit Personen kommt, die dem Staat Israel das Existenzrecht absprechen und an Terrorangriffen auf den Staat Israel bzw. seine Bürger beteiligt waren?
9. Wie war die Förderhöhe der jeweils in den Fragen 1 bis 9 genannten Projekte (genaue Auflistung)?

13.08.2018

Pfeiffer, Rottmann AfD

Begründung

Nach einem Bericht des Mannheimer Morgens vom 8. August 2018 hat der Hebronner Bürgermeister Sneineh am 19. Juli 2018 Mannheim besucht und wurde von dem Mannheimer Oberbürgermeister Kurz mit allen diplomatischen Ehren empfangen. Bei Sneineh handelt es sich um einen Politiker der Fatah, der 1980 rechtskräftig wegen Mordes an sechs Talmudschülern und dem damit verbundenen Terrorangriff verurteilt wurde und durch einen Gefangenenaustausch die Freiheit erlangt hat. Gegenstand des Besuchs war unter anderem die Förderung eines kommunalen Entwicklungsprojekts zur Förderung „innovativer Unternehmensgründungen“, das mit 210.000 Euro bezuschusst wurde.

Nach Auskunft in Drucksache 16/1227 vom 15. Dezember 2016 besuchte Herr Ministerpräsident Kretschmann Ende März 2017 gemeinsam mit Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut die palästinensischen Gebiete. Dabei seien auch Gespräche zu Kooperationen geplant gewesen.

Antwort*)

Mit Schreiben vom 27. September 2018 Nr. V-0147. Palästinensische Gebiete beantwortet das Staatsministerium in Abstimmung mit dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration, dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport sowie dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg die Kleine Anfrage wie folgt:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist ihr bekannt, welche bestehenden Kooperationen mit den palästinensischen Autonomiegebieten unter Beteiligung des Landkreises Böblingen derzeit existieren?

Nach Mitteilung des Landratsamts Böblingen bestehen keine Kooperationen des Landkreises Böblingen mit den palästinensischen Autonomiegebieten.

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

2. Welche Kooperationen finden unter der Beteiligung des Landes Baden-Württemberg statt?

Bereich berufliche Bildung:

Das Kultusministerium kooperiert mit dem Dar al-Kalima University College of Arts and Culture in Bethlehem, das von der „Evangelisch-Lutherischen Kirche Jordanien und im Heiligen Land“ getragen wird.

Kooperationen im Polizeibereich:

- *EUPOL COPPS* (European Union Police Coordinating Office for Palestinian Police Support) ist seit 2006 eine Polizeimission der Europäischen Union in Palästina. Ziel der Mission ist die Reform des Sicherheitssektors einschließlich der Strafrechtspflege und vor allem der Aufbau tragfähiger und effektiver Polizeistrukturen in den palästinensischen Gebieten. In diesem Zusammenhang unterstützt die Mission die palästinensische Zivilpolizei und die Strafrechtsorgane durch Beratung und Anleitung. Darüber hinaus koordiniert sie die Unterstützung der Europäischen Union. Arbeitsfelder der Mission *EUPOL COPPS* sind insbesondere die Koordinierung bei der Planung und Umsetzung internationaler Projekte zum Aufbau der palästinensischen Polizei, die Beratung von Führungskräften auf allen Ebenen bei der Umsetzung von Projekten und bei der Einführung neuer Polizeitechnik, die ständige Evaluierung der Umsetzung des Entwicklungsprogramms für die palästinensische Polizei sowie der Aufbau und die Einrichtung von Einsatzleitstellen. Deutschland beteiligt sich an diesem Projekt mit bis zu zehn Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten. Baden-Württemberg hat bislang vier Experten in die palästinensischen Autonomiegebiete entsandt, zuletzt im Jahr 2015.
- Die zivile Mission *EUBAM Rafah* (European Border Assistance Mission) am Grenzübergang Rafah besteht seit November 2005. Sie fußt auf dem Grenzabkommen zwischen Israel und Palästina vom 15. November 2005, welches die EU als neutralen Akteur einsetzt. Die Mission wurde mit der Beobachtung der Grenzabfertigung zwischen Gaza und Ägypten am Grenzübergang in Rafah beauftragt. Nach Machtübernahme der Hamas im Gaza-Streifen und Schließung des Grenzübergangs Rafah wurde die Mission am 13. Juni 2007 ausgesetzt. Seit Januar 2018 erfolgt die Missionsleitung durch einen Polizeibeamten aus Baden-Württemberg. Ziel des Projekts ist es, die palästinensischen Grenzbehörden durch Fähigkeitsaufbau auf eine dauerhafte Wiedereröffnung des Grenzüberganges Rafah vorzubereiten.

Für *Kooperationen im Hochschul- und Forschungsbereich* wird auf die Landtagsdrucksache 16/1227 verwiesen.

3. Wer sind die jeweiligen Beteiligten aufseiten der palästinensischen Autonomiegebiete?

An der *Kooperation des Kultusministeriums* ist das Dar al-Kalima University College of Arts and Culture in Bethlehem beteiligt.

Im *Polizeibereich* ist aufseiten der palästinensischen Autonomiegebiete bei beiden Kooperationen die palästinensische Polizei beteiligt.

Für den Hochschul- und *Forschungsbereich* wird auf die Landtagsdrucksache 16/1227 verwiesen.

4. Welche konkreten Projekte der unter Fragen 1 und 2 Beteiligten wurden in den vergangenen fünf Jahren verwirklicht?

Im Rahmen der Kooperation wurde das Dar al-Kalima University College of Arts and Culture von Baden-Württemberg (Kultusministerium, Staatsministerium) in zwei Abschnitten mit einer Solaranlage ausgestattet, die der Stromgewinnung dient und gleichzeitig als Lehrmittel für einen Weiterbildungsgang für Solartechniker genutzt werden kann. Zur nachhaltigen Sicherung des Projekts wurden 2015

zwei Fachkräfte in Hinblick auf die Wartung und Pflege der Solaranlage weitergebildet. Der Weiterbildungsgang für Solartechnik befindet sich im Aufbau und das Dar al-Kalima University College of Arts and Culture verhandelt mit einem regionalen Stromversorger über eine Kooperation bei der Qualifizierung von zukünftigen Fachkräften. Experten aus beruflichen Schulen werden nach Abschluss dieser Kooperationsvereinbarung gegebenenfalls den Aufbau des Ausbildungsgangs mit Beratung bei der Erstellung von Lehrplänen sowie mit fachlichen und fachdidaktischen Weiterbildungen unterstützen.

Polizeibereich: Im Rahmen von EUPOL COPPS erfolgte eine fortlaufende Beratung und Anleitung der Strafrechtsorgane und der palästinensischen Polizei.

Im Rahmen von EUBAM Rafah erfolgt während der temporären Grenzöffnungszeiten die Beobachtung der Grenzabfertigung. Außerdem erfolgt ein fortlaufender Aufbau der Fähigkeiten der palästinensischen Grenzbehörden im Hinblick auf eine dauerhafte Wiedereröffnung des Grenzüberganges Rafah.

Für den *Hochschul- und Forschungsbereich* wird auf die Landtagsdrucksache 16/1227 verwiesen.

5. Welche Projekte wurden und werden von der EU, der deutschen Entwicklungshilfe (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung [BMZ], Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit [GIZ], etc.), dem Land Baden-Württemberg und Entwicklungshilfeorganisationen aus Deutschland nach ihrer Kenntnis seit dem 1. Januar 2016 gefördert?

a) EU-Projekte

Nachfolgende Angaben laut Internet-Recherchen auf https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/neighbourhood/countries/palestine_en

Allgemeine Informationen über Projekte und Rahmenprojekte:

Von 2014 bis 2016 wurde eine Agenda im Rahmen des einheitlichen Förderkonzepts formuliert, das ab 2017 durch die „Europäische Gemeinsame Strategie zur Unterstützung Palästinas 2017 bis 2020 – Hin zu einem demokratischen palästinensischen Staat“ ersetzt wurde. Diese ist das Ergebnis einer mehrjährigen Arbeit zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten und legt in den letzten Jahren zielgerichtete und gemeinsame Prioritäten der Zusammenarbeit der EU und der Mitgliedsstaaten mit Palästina fest. Sie spiegelt die Finanzhilfe für einen kohärenten außenpolitischen Ansatz der EU wider.

Für den Zeitraum 2017 bis 2020 wird sich die bilaterale Hilfe der EU für Palästina im Rahmen des ENI auf folgende vorrangige Bereiche konzentrieren:

- Governance Reform, Fiskalkonsolidierung und Politik
- Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit, Sicherheit der Bürger und Menschenrechte
- Nachhaltige Bereitstellung von Wasser und Energie
- Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung

Projekte seit 2016:

- 138,1 Millionen € an PEGASE: direkte finanzielle Unterstützung zur Finanzierung Palästinensischer Behörden, Gehälter, Pensionen, Krankenhäuser
- 82 Millionen € an UNRWA (das Hilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästinensischen Gebiete-Flüchtlinge im Nahen Osten): Lehrer, Ärzte und Sozialarbeiter in Flüchtlingscamps, Gesundheit, Bildung
- 10,5 Millionen € an das Projekt Ost-Jerusalem
- 8,1 Millionen € Governance Unterstützung
- 20 Millionen € zur Unterstützung von Wirtschaftlichen Helfern („Economic Enablers“)

Ansonsten wird auf die noch aktuellen Projekte (seit 1. Januar 2016) verwiesen, die in Landtagsdrucksache 16/1227 aufgeführt sind.

b) Vom BMZ finanzierte Projekte – Projektvergaben an GIZ

Nachfolgende Angaben laut Internet-Recherchen auf http://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/transparenz-fuer-mehr-Wirksamkeit/Veroeffentlichung-gemaess-LATI-Standard/

Maßnahmentitel	Durchführungsorganisationen	Maßnahmenbeschreibung	Maßnahmen-Startdatum	Zugesagtes Maßnahmenbudget
Bildungsprogramm III	KfW Bankengruppe (KfW)	Einlagensicherungsfonds	01.12.17	10.000.000,00 €
Einlagensicherungsfonds	KfW Bankengruppe (KfW)	Verbesserung des Zugangs zu Wasser, Land und Märkten und die Förderung von Investitionen in den Landwirtschaftssektor	11.01.17	10.000.000,00 €
Stärkung nachhaltiger Lebensgrundlagen im ländlichen Raum	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ)	Begleitmaßnahme Nablus	26.03.18	4.000.000,00 €
Begleitmaßnahme Nablus	KfW Bankengruppe (KfW)	INDUSTRIEPARK JENIN II	29.04.17	1.500.000,00 €
INDUSTRIEPARK JENIN II	KfW Bankengruppe (KfW)	Die Anzahl von angemessen qualifiziertem Ausbildungspersonal an Berufsschulen und in Ausbildungsbetrieben ist erhöht.	10.05.16	5.000.000,00 €
Aus- und Fortbildung von Fachkräften der Berufsbildung (ISP)	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ)	Das Risiko-Management-Büro minimiert zielgerichtet akute und potenzielle Sicherheitsrisiken für die Implementierung von Vorhaben der deutschen EZ.	12.06.17	6.000.000,00 €
Risiko Management Büro	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ)	Aufrechterhaltung einer effektiv arbeitenden Materials-Monitoring-Einheit unter Leitung des UNSCO zur Überwachung des dual-use Warenverkehrs an den israelisch-palästinensischen Grenzübergängen in den Gazastreifen.	01.01.17	3.720.000,00 €
Gaza-Wiederaufbau-mechanismus	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ)	MDLF VII (Kommunalentwicklungsprogramm)	01.10.16	3.000.000,00 €
MDLF VII (Kommunalentwicklungsprogramm)	KfW Bankengruppe (KfW)	Bildungsprogramm IV	06.03.17	18.000.000,00 €
Bildungsprogramm IV	KfW Bankengruppe (KfW)	Abwasserentsorgung Gaza-Mitte BM (BU)	01.12.17	22.000.000,00 €
Abwasserentsorgung Gaza-Mitte BM (BU)	KfW Bankengruppe (KfW)	Die Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen in ausgewählten Regionen und Sektoren ist verbessert.	15.12.17	1.000.000,00 €

Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigungsförderung	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ)	Stärkung der Jugendbeschäftigung durch Baumaßnahmen und Ausstattung von Berufsbildungseinrichtungen in den Palästinensischen Gebieten sowie Projektmanagement	01.04.18	6.000.000,00 €
Mehr Jobchancen für paläst. Jugendliche – Modern. des paläst. Berufsbildungssektors in den Paläst. Gebieten	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Auftraggeber), Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ) An Projektumsetzung beteiligt: Konsortium der deutschen Consultingwirtschaft, bestehend aus Duale Hochschule Baden-Württemberg, Steinbeis Transfergemeinschaft und GFA Consulting Group	Einführung dualer Studienangebote an der Al-Quds Universität in den Bereichen Elektrotechnik, Betriebswirtschaftslehre und Informationstechnologie in Zusammenarbeit mit palästinensischen Unternehmen. Dies trägt insbesondere zur Stärkung der Jugendbeschäftigung in den Palästinensischen Gebieten bei.	25.05.16	5.000.000,00 €
Der lang anhaltenden Krise trotzen. Stärkung der Resilienz von Gesundheitsdiensten und Patienten mit nicht übertragbaren Krankheiten im Gazastreifen.	MEDICO-INTERNATIONAL, FFM	Ziel des Vorhabens ist die Stärkung der Resilienz der Bevölkerung und medizinischer Institutionen innerhalb des Gazastreifens durch den Auf- und Ausbau nachhaltiger augenmedizinischer Dienste und die Aufrechterhaltung medizinischer Basisdienstleistungen vor, während und unmittelbar nach ext. Schocksituationen.	01.08.17	1.999.980,00 €
Stärkung Resilienz von Flüchtlingen durch Ausbau augenmedizinischer Basisinfrastruktur im Gazastreifen.	Christoffel-Blindenmission Deutschland e. V.	Stärkung der Gemeinderesilienz in Nord Gaza durch eine verbesserte Ernährungssicherung mithilfe einer Wiederherstellung der Lebensmittelproduktion, einer Verbesserung der Ernährung von Mädchen und Jungen sowie deren Müttern und einer Erhöhung der Gemeindekapazitäten zur Reduzierung des Katastrophenrisikos und zum Aufbau von resilienten Gemeinden (Landwirtschaftliche Infrastruktur, Lebensmittelsicherheit).	01.10.16	1.040.000,00 €
Stärkung der Resilienz von Bauerngemeinden in Gaza	World Vision Deutschland e.V.	Kleinbäuerliche Haushalte, Jugendliche und Frauen haben ihre Ernährungssicherung unter Anwendung ressourcenschonender und innovativer Praktiken verbessert und nutzen positive Bewältigungsstrategien im Umgang mit wirtschaftlichen, ökologischen und konfliktbezogenen Risiken und Schocks.	01.06.16	30.812,02 €

Förderung von Resilienz, landwirtschaftlichem Wiederaufbau und grüner Technologie im Gaza.	Save the Children Deutschland e. V.	Durch das gemeindebasierte Vorschulbildungsprogramm sollen Kinder in Palästina ihr angeborenes Potential in einer sicheren und unterstützenden Umgebung entfalten. Dies wird durch die Aus- und Fortbildung von Vorschulpersonal und Collegestudierenden, die Verbesserung der pädagogischen Qualität, der physischen Lernumgebung und der Arbeit der darin tätigen Erzieherinnen.	01.07.17	2.500.000,00 €
Gemeindebasiertes Vorschulbildungsprogramm für Kinder in den palästinensischen Gebieten	DT.CARITASVERBAND-DCV-FREIBURG	Zielgruppe sind vom Konflikt betroffene Haushalte: primär Frauen, Jugendliche und Kinder, direkt begünstigt circa 29.750 Personen, indirekt begünstigt circa 57.500 Personen, insgesamt rund 87.200 Personen. Die Resilienz der Begünstigten soll gestärkt werden durch die Einrichtung von Spar- und Kreditgemeinschaften sowie altersgerechte psychosoziale Unterstützung von Kindern/ Beratung von deren Eltern.	01.01.17	645.000,00 €
Übergangshilfe zu dauerhafter Resilienz in Gaza.	DT.CARITASVERBAND-DCV-FREIBURG	Beitrag zum verbesserten Zugang von in Area C und palästinensischen Flüchtlingslagern lebenden Frauen und Jugendlichen zu sexuellen und reproduktiven (SRG-) sowie jugendfreundlichen Dienstleistungen	01.05.16	2.460.000,00 €
Bereitstellung grundl. sexueller u. reproduktiver Gesundheits- (SRG)- u. jugendfreundlicher Dstlg. für marginalisierte palästinensische Frauen und Jugendl.	International Planned Parenthood Federation (IPPF)		01.01.18	400.000,00 €
Stärkung der Resilienz der lokalen Bevölkerung durch Förderung inklusiver medizinischer Versorgung und des Wiederaufbaus verbesserter Notfallvorsorge.	Handicap International	Verbesserung des Zugangs zu grundlegenden und spezifischen Leistungen für Menschen mit Behinderung in Krisenzeiten und dem Zeitraum danach durch Wiederaufbau/ Sanierung einer barrierefreien Infrastruktur sowie die Stärkung der Akteure im humanitären Bereich.	01.08.17	2.500.000,00 €

c) Aktuelle Projekte Baden-Württemberg

Hierzu wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

Für den *Hochschul- und Forschungsbereich* wird auf Drucksache 16/1227 verwiesen.

Mandatgeber für die *Polizeimissionen EUPOL COPPS und EUBAM Rafah* ist die EU.

d) Projekte aus der Entwicklungszusammenarbeit Land BW

Im Bereich Entwicklungszusammenarbeit führt das Staatsministerium keine eigenen Projekte in dem genannten Gebiet durch.

Weder über die SEZ noch über die Landesförderung wurden 2016 und 2017 Projekte in den Palästinensischen Gebieten gefördert.

6. Welche Projekte bzw. Kooperationen mit Beteiligten in den Palästinensischen Autonomiegebieten wurden bei der im März 2017 geplanten Palästinareise des Ministerpräsidenten und der Wirtschaftsministerin ins Leben gerufen?

Herr Ministerpräsident Kretschmann reiste im März 2017 nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete.

Es wurden keine Projekte/Kooperationen mit den Palästinensischen Gebieten im Rahmen dieser Reise ins Leben gerufen.

Es wurde der beiderseitige Wille von Baden-Württemberg und dem Dar al-Kalima University College of Arts and Culture zur Fortsetzung der bestehenden Kooperation bekundet.

7. Wer waren hierbei die Gesprächspartner aufseiten der palästinensischen Autonomiebehörde bzw. der konkreten Kooperationspartner?

Es wird auf Frage 6 verwiesen.

Alle Gespräche werden unmittelbar mit dem Dar al-Kalima University College of Arts and Culture geführt.

8. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass es bei den geförderten Projekten zu keiner Kooperation mit Personen kommt, die dem Staat Israel das Existenzrecht absprechen und an Terrorangriffen auf den Staat Israel bzw. seine Bürger beteiligt waren?

Die Landesregierung strebt an, die Versöhnung zwischen Israel und Palästina zu fördern. Daran orientiert sich die Prüfung und Auswahl von Projekten. Kooperationen/Kontakte mit Beteiligung der Landesregierung werden vom Auswärtigen Amt begleitet.

Bezüglich der im Polizeibereich geförderten Projekte liegt die angesprochene Verantwortlichkeit im Zuständigkeitsbereich der EU; daher können die Fragen nicht beantwortet werden.

9. Wie war die Förderhöhe der jeweils in den Fragen 1 bis 9 genannten Projekte (genaue Auflistung)?

Das Kultusministerium beteiligte sich an der Finanzierung des ersten Teils der Solaranlage für das Dar al-Kalima University College of Arts and Culture mit Mitteln in Höhe von 30.000 €. Zusätzlich förderte die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) das Vorhaben mit Mitteln in Höhe von 20.000 €.

Die Erweiterung der o. a. Solaranlage wurde seitens des Staatsministeriums mit Mitteln in Höhe von 30.000 € gefördert.

Bei EUPOL COPPS werden die Beamtinnen und Beamten zur Bundespolizei abgeordnet und erhalten weiterhin vom Land die Besoldung, die ihnen bei einer Verwendung im Inland zustehen würde. Die Auslandsbesoldung in Form eines Auslandsverwendungszuschlages und das Auslandstrennungsgeld in Form von Auslandsreisekosten werden vom Bund übernommen.

Bei EUBAM Rafah erfolgte eine Beurlaubung des Beamten. Das Anstellungsverhältnis und das Gehalt wurden zwischen der EU und dem Beamten vertraglich vereinbart.

Zu den Förderhöhen BMZ, GIZ und EU wird auf die Angaben zu Frage 5 verwiesen, welche auf Angaben der jeweiligen Internetpräsenz von BMZ und EU beruhen.

In Vertretung

Schopper

Staatssekretärin